



# blickpunkt personal

## Nr. 6/2014

Aktuelles - Aktivitäten - Aussichten

# Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	Seite 3
Inklusion bringt uns was!.....	Seite 4
Social Media Readiness in der hamburgischen Verwaltung - da geht noch was!.....	Seite 7
Wir machen das einfach mal!.....	Seite 10
Restcentaktion: Kleiner Betrag nach dem Komma zeigt große Wirkung in León.....	Seite 13
Impressum.....	Seite 16

# Editorial

## Liebe Leserinnen und Leser,

was hat IT mit Personal zu tun? Ganz viel finden wir. Dies wird ganz deutlich an einem Thema, das wir in dieser Ausgabe von blickpunkt personal in zwei Artikeln bewegen: Social Media. Neue Soziale Medien sind nur so gut, wie sie auch genutzt werden. Und da scheint die hamburgische Verwaltung noch Nachholbedarf zu haben – so jedenfalls bescheinigt es uns eine Befragung der Universität St. Gallen bei mehr als 2.000 unserer Beschäftigten.

Die Studie sagt auch etwas über die Treiber, die hieran etwas ändern könnten. Einer ist die Unterstützung durch die Führung.

Die Finanzbehörde als federführende Behörde hat hierüber mit den IT-Beauftragten der Behörden und Ämter (das sind in der Regel die Amtsleitungen für Allgemeine Verwaltung der Fachbehörden und die Verwaltungsdezernentinnen und -dezernenten der Bezirke) diskutiert. Herausgekommen ist der Appell, die „aktive Nutzung interner Kommunikationsplattformen und sozialer Medien zum fachlichen Austausch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untereinander und mit Externen“ zu nutzen. Und: einfach anzufangen!

Ein weiterer Beitrag dieser Ausgabe beschäftigt sich mit dem Thema Inklusion. Die Botschaft lautet hier: Inklusion geht uns alle an – nicht nur die Schulen, wohin man das Thema angesichts der Debatten der letzten Jahre womöglich verorten mag. Die Leitideen der UN-Behindertenrechtskonvention gehen viel weiter und umfassen alle Lebens- und Arbeitsbereiche. Um dem Thema Inklusion die Schwere zu nehmen, hat die BASFI als federführende Behörde im ersten Schritt intern in den Fachbereichen versucht, uns den Blick auf die Chancen der Inklusion zu öffnen.

Und zu guter Letzt: Kennen Sie die Restcent-Aktion? Nein? Dann lesen Sie unseren Beitrag dazu und erfahren, wie Sie ohne viel Aufwand etwas Gutes für die ärmste unserer Partnerstädte tun können.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!



**Katharina Dahrendorf**

# Inklusion bringt uns was!

**Der Begriff Inklusion ist zwar in den Medien präsent, er wird aber oft nur im Zusammenhang mit dem Bereich Schule verwendet. Dabei betrifft Inklusion sämtliche Ebenen des Alltags: Alle Menschen sollen gleichberechtigt am sozialen Leben teilhaben und in ihrer Individualität akzeptiert werden. Inklusion zu verwirklichen ist somit für alle Beschäftigten der FHH wichtig. Würde zum Beispiel eine sehbehinderte Besucherin ohne fremde Hilfe Ihr Büro finden? Sind Ihre geplanten Veranstaltungen barrierefrei? Sind Inklusion und der Umgang mit Vielfalt Bestandteil der Verwaltungsausbildung?**

Die Kampagne „Und jetzt auch noch Inklusion – was geht mich das an?“ soll den Blick für genau solche alltäglichen Aspekte von Inklusion öffnen. Mit der Kampagne setzt die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) als Pilotprojekt eine Maßnahme aus dem Landesaktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention um. Ziel ist es, die Beschäftigten über die Leitideen der UN-Behindertenrechtskonvention zu informieren. Gleichzeitig soll sie das Bewusstsein über Barrieren und alltägliche Behinderungen erhöhen.

Eine solche Informationspolitik und Bewusstseinsbildung ist für alle Behörden der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) durch den Landesaktionsplan verpflichtend und über die UN-Behindertenrechtskonvention geltendes Recht.

## Kick-Off-Event sorgt für ein Umdenken

Am 29. August 2014 startete die Sozialbehörde ihre Inklusionskampagne mit einem Kick-Off-Event. Rund



Senator Detlef Scheele

50 Führungskräfte der Behörde nahmen daran teil. Sie tragen eine besondere Verantwortung: Um die Inklusion erfolgreich umzusetzen, müssen die Führungskräfte sie als Vorbilder vorleben.

Senator Detlef Scheele betonte in seiner Eröffnungsrede: „Ziel für die nächste Legislaturperiode ist es, dass wir weg vom Beseitigen alter Fehler hin zu einem Mitdenken von Anfang an kommen.“ Inklusion solle nicht nur als „Muss“ erlebt werden, sondern

auch Spaß machen. Dr. Oliver Tolmein von der Kanzlei Menschen und Rechte trug anschließend kurzweilig über die geschichtliche Entwicklung der Behindertenrechtsbewegung bis hin zur UN-Behindertenrechtskonvention vor. Dabei ertete er so manche Lacher und berichtete häufig von eigenen Erfahrungen.

Sein Fazit: „Inklusion wird keinen Stein auf dem anderen belassen.“ Die Botschaft, mit der die Führungskräfte wieder zurück in ihre Abteilungen gingen, war dementsprechend: Öffnen wir den Blickwinkel weg von einem „wir müssen“ hin zu einem „das bringt uns was“!



Dr. Oliver Tolmein

## **In Workshops lernen: Barrieren erkennen – Barrieren beseitigen**

Nach dem Kick-Off-Event als Startschuss finden derzeit verschiedene Workshops für alle BASFI-Beschäftigten statt, die diese während der Arbeitszeit kostenlos besuchen können. Sie erhalten darin die Möglichkeit, einen persönlichen, lockeren Zugang zum Thema Inklusion zu finden und für den Arbeitsalltag Ideen zur praktischen Anwendung zu entwickeln. Es geht darum, den Blick zu erweitern, um Barrieren im Beruf und Alltag zu erkennen und zu beseitigen.

Thematisch sind die Workshops breit gestreut.

Die Beschäftigten

- lernen die rechtlichen Grundlagen kennen;
- lernen, in „Leichter Sprache“ (jeder Mensch soll alles verstehen können) zu formulieren;
- erfahren Barrieren hautnah selbst an und mit verschiedenen Simulationsgeräten (zum Beispiel mit Simulationsbrillen) und
  - erkunden Barrieren selbst direkt vor Ort.

Die Workshops finden in Kooperation mit erfahrenen externen Partnern statt: Die Kanzlei Menschen und Rechte vertritt bundesweit Menschen mit Behinderungen in allen Rechts-

fragen. Die inklusive Firma K Produktion arbeitet bereits seit Jahren nach dem „Selbstbestimmt-leben-Ansatz“. Auch die Referentin Diane Mönch hat langjährige Erfahrungen, unter anderem durch ihre Tätigkeit bei der Europäischen Akademie für Inklusion.

## **Die BASFI gibt Erfahrungen weiter, andere Behörden profitieren davon**

Die Kampagne läuft zwar noch BASFI-intern, doch Ziel ist, dass möglichst alle anderen Behörden und Ämter der FHH eine solche Kampagne nach dem Vorbild der BASFI durchführen. Um interessierte Behörden und

Ämter für die Planung und Umsetzung bestmöglich zu unterstützen, wertet die BASFI die Erfahrungen aus der Kampagne sowie die Rückmeldungen der Teil-

nehmenden aus. Zudem wurde auch einigen wenigen Beschäftigten anderer Behörden die Möglichkeit zur Teilnahme an den Workshops geboten.

## Das Organisationsteam der Inklusionskampagne



Das Kampagnenlogo

Nicole Serocka, Florian Giertzuch und Dr. Carsten Dethlefs, BASFI, Öffentlichkeitsarbeit; Gisela Bruns und Franziska Jäger, BASFI, Bereich Rehabilitation und Teilhabe; Anika Westermann und Ute Jepsen, BASFI, Personal- und Organisationsentwicklung.

„Inklusion bedeutet: Alle Menschen gehören dazu. Menschen mit und ohne Behinderung. Frauen und Männer. Alte und Junge. Menschen aus allen Kulturen. Niemand wird ausgeschlossen.“

---

Für weitere Informationen zur Kampagne kontaktieren Sie uns gerne unter [basfiaki@basfi.hamburg.de](mailto:basfiaki@basfi.hamburg.de)!

---



## Social Media Readiness in der hamburgischen Verwaltung – da geht noch was!

**Eine Untersuchung der Universität St. Gallen zeigt, wo Hamburg steht und welche Voraussetzungen notwendig sind, um Soziale Medien sinnvoll und verwaltungsadäquat einzusetzen.**

### **Strukturiert gefragt, analysiert und Position bestimmt**

Das Institut für Medien und Kommunikationsmanagement (MCM) der Universität St. Gallen untersuchte die „Social Media Readiness“ in der hamburgischen Verwaltung. Für die Untersuchung kooperierten die Freie und Hansestadt Hamburg, die Universität St. Gallen und ISPRAT, ein Förderverein für Forschung in der Verwaltung\*.

Der Begriff „Social Media Readiness“ bestimmt die Position, wie die hamburgische Verwaltung mit dem Einsatz Sozialer Medien umgeht. Die Position gibt Aufschluss darüber, in welchen Bereichen sie besonders gut im Hinblick auf die Bereitschaft für ein Social-Media-Engagement aufgestellt ist und

in welchen Bereichen noch nachgebessert werden muss. Sie legt dar, was die Treiber, aber auch was die Hemmnisse dafür sind, dass eine Verwaltung die Sozialen Medien in ihre Verwaltungspraxis und Kommunikation integriert. Die Untersuchung selbst ist eine strukturierte Analyse. Die Universität St. Gallen hat 2.092 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befragt, die sich in ihrem Bereich mit Social Media beschäftigt haben. Sie gaben Auskünfte über ihre bisherige berufliche und private Erfahrung im Umgang mit Online- und insbesondere Sozialen Medien (zum Beispiel Soziale Netzwerke, Bloggs, Videoportale).



### **Da geht noch was!**

Mit dem vorgelegten Ergebnis erhält die Freie und Hansestadt Hamburg eine Positionsbestimmung. Danach sind wichtige Rahmenbedingungen für den Einsatz Sozialer Medien geklärt und eine generell unterstützende Haltung für erste Einsatzversuche kommuniziert worden. Das Internet ist heute eindeutig ein wichtiges Arbeitsmedium in der Verwaltung.

---

\*ISPRAT steht für „Interdisziplinäre Studien zu Politik, Recht, Administration und Technologie“. In dem Förderverein für Forschung in der Verwaltung arbeiten Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen. ISPRAT entwirft für die öffentliche Hand praxistaugliche Strategien und Konzepte für die IT-gestützte Verwaltung. ISPRAT berät Politik und Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen und fördert den nationalen wie internationalen Erfahrungsaustausch zur Verwaltungsmodernisierung.

Trotzdem werden die Sozialen Medien heute eher wenig genutzt. Einige Organisationseinheiten setzen schon vereinzelt Soziale Medien ein, die Realisierung von Auftritten und Angeboten bleibt insgesamt jedoch hinter den Möglichkeiten zurück. Laut den Ergebnissen der Befragung nutzen die Befragten auch privat die Sozialen Medien eher unterdurchschnittlich. Fazit: Da geht noch was!

### **Die Stellhebel für mehr Social Media**

Das Projekt ließ sich nicht von der Vorstellung leiten, dass Verwaltungen unter allen Umständen Soziale Medien einsetzen müssen. Die Universität St. Gallen ging von der Annahme aus, dass unterschiedliche Faktoren die Möglichkeit, Soziale Medien in der Organisationskommunikation einzusetzen, beeinflussen. Dabei unterschied man zwischen organisatorischen und individuellen Faktoren.

Die Studie präsentiert als wesentliche Erkenntnisse wichtige „Stellhebel“. Mit ihnen kann es einem Arbeitgeber gelingen, die Offenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber Sozialen Medien zu gewinnen und damit die Sozialen Medien in die Verwaltungskommunikation zu integrieren. Solche Stellhebel können zum Beispiel die Führungsunterstützung, klare Zielvorgaben und einfach gestaltete Arbeitsprozesse sein. Daneben beeinflussen auch persönliche Einstellungen stark die Nutzung neuer Medien. Vertrauen in die eigenen Nutzungsfähig-

keiten fördert die Bereitschaft zur Nutzung stark, Sorgen um die Privatsphäre im Netz dagegen senken sie. Wer durch Kolleginnen und Kollegen ermutigt wird, traut sich mehr und wagt sich eher an Soziale Medien heran. Das kollegiale Umfeld nimmt eine wichtige Rolle als Promotor ein.

### **Der Projektbericht: Warum es sich für Sie lohnt, ihn zu lesen**

Der Projektbericht

- analysiert die **Nutzungsbereitschaft** der **Menschen** in der Verwaltung sowie die Nutzungsbereitschaft der Verwaltung als **Organisation**.
- bildet in **Behördenprofilen** ab, wie zum Beispiel Behörden und Bezirksamter unter diesem Blickwinkel aufgestellt sind und sich auch voneinander unterscheiden. Hier finden Sie auch Ihre **Top-Drei-Stellhebel** für Ihre Organisationseinheit.
- beleuchtet mit einem **Argumentarium**, das heißt mit einer Sammlung mit kritischen Anmerkungen und Äußerungen der Befragten zur Nutzung von Sozialen Medien, die unterschiedlichen Sichtweisen auf das Thema.
- stellt Ideen und Vorschläge zu **Einsatzempfehlungen** zusammen, wie die Sozialen Medien sowohl in der externen als in der internen Kommunikationspraxis eingesetzt werden können.



- leitet aus den Untersuchungsergebnissen elf konkrete Handlungsempfehlungen ab, an denen sich alle Interessierten orientieren können, um Soziale Medien einzuführen.

Die Ergebnisse der Befragung wurden in verschiedenen Gremien (Staatsräterunde, IT-Beauftragte, IT-Leiter) vorgestellt und diskutiert.

### **Der Projektbericht: Wo Sie ihn finden**

Der gesamte Projektabschlussbericht ist inzwischen veröffentlicht und für alle Interessierten verfügbar.

### **Autorin Britta Rolle,**

Personalamt, Referat Personalmanagementkonzepte und Marketing, Referentin und Redakteurin (Personalportal, blickpunkt personal): „Wir verzichten sonst nicht auf Fortschritt und Vielfalt. Warum sind wir hier so zögerlich? Die Sozialen Medien gehören zu unserem Leben immer mehr dazu, privat und beruflich, ob wir wollen oder nicht. Sie werden uns auf jeden Fall erreichen. Als Verwaltung können wir uns diesem Teil der Kommunikation nicht verschließen. Spätestens dann nicht, wenn die nächsten Generationen unsere (zukünftigen) Kolleginnen und Kollegen stellen.“



Find` ich gut - ich freu` mich darauf!“

Sie finden ihn

1. im Intranet im IT-und E-Goverment-Portal und
2. im Internet beim Institut für Medien- und Kommunikationsmanagement - Universität St. Gallen

Lesen Sie auch die IT-News der Finanzbehörde – Ausgabe Nr.4



# Wir machen das einfach mal!

**Social Media in der Hamburgischen Verwaltung: „Da geht noch was!“ ist das Fazit des vorigen Artikels. In der Tat ist in den letzten zehn Jahren schon einiges passiert. Was genau und wie es weitergehen könnte, lesen Sie hier:**

Verschiedene Behörden haben Bürgerinnen und Bürger eingeladen, online bei ihren strategischen Fachkonzepten mit zu diskutieren, Twitter wird von drei Behörden als offizieller Kanal genutzt (Pressestellen der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration sowie der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation und der Finanzbehörde) und das Personalamt und die Steuerverwaltung der Finanzbehörde sind auf XING, um sich mit potenziellen Jobsuchenden zu vernetzen.

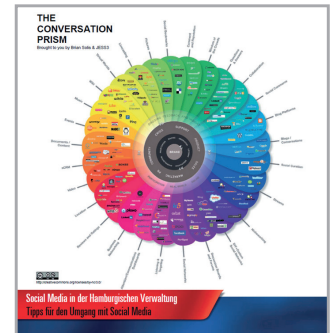


Neben diesen Beispielen gibt es Kolleginnen und Kollegen, die ihre Ideen zur Nutzung von Social Media im dienstlichen Kontext umgesetzt haben. Die Erfahrungen dabei waren sehr unterschiedlich, von „Das ist ein langer Prozess gewesen, der dauert jetzt über anderthalb Jahre“ bis „Wir haben auf dem kurzen Dienstweg gesagt, **wir machen das einfach mal.**“ (beides Zitate aus der ISPRAT-Studie „Social Media Readiness in der Verwaltung“, durchgeführt von der Universität St. Gallen, Mai 2014).

Die Studie hat ergeben, dass sich von den Social Media Akteurinnen und Akteuren einige autonom genug und von der Führungsebene unterstützt fühlen, um „etwas vorzuschlagen (...) und auch so viel reinzustecken, wie ich denke, wie ich brauche“, andere dagegen auf vielerlei Vorbehalte stoßen, wie es bei der Befragung ebenfalls deutlich artikuliert wurde: „Es ist absolut nicht notwendig, sich Social Media zu bedienen“, so ein Teilnehmer (beides Zitate aus der ISPRAT-Studie).

## Social Media geschieht nicht im luftleeren Raum – es gibt Spielregeln!

Nun ist in der Fachliteratur zwischenzeitlich hinreichend dargelegt worden, warum es auch für die Öffentliche Verwaltung wichtig ist, sich mit dem Thema Social Media auseinanderzusetzen. Die Abteilung E-Government und IT-Steuerung der Finanzbehörde hat im Jahr 2011 im Sinne einer der Empfehlungen der Studie, nämlich klare Spielregeln aufzustellen, zwei „Guidelines“ veröffentlicht:



- „Social Media in der Hamburgischen Verwaltung“ mit Empfehlungen zum „richtigen“ Einsatz von Social Media Tools in dienstlichen Bezügen

sowie

- „Tipps für den Umgang mit Social Media“ für das „richtige“ Surfen im Internet, wenn die Beschäftigten sowohl mit dem privaten als auch mit dem dienstlichen Hut im Internet unterwegs sind.

### **Empfehlung an die Führungskräfte: unterstützen und loslassen!**

Als ich die Ergebnisse der Studie und die Empfehlungen der Wissenschaftler im Juni 2014 unter anderem bei den IT-Beauftragten vorstellen durfte, entspann sich eine sehr offene Diskussion dazu, inwiefern die Führungskräfte zu einem intensiveren Einsatz von Social Media in der Verwaltung beitragen könnten. Denn zwei der elf Empfehlungen der Studie lauten: „Führungsunterstützung sichern!“ und „Experimente zulassen!“.

### **IT-Beauftragte geben klares positives Signal**

Die Diskussion wurde jüngst auf der Tagung der IT-Beauftragten am 9. September 2014 in Jesteburg fortgesetzt und mündete in folgenden Beschluss:

- Die Methoden der elektronischen Kommunikation und die damit verbundenen Chancen und Risiken haben sich in den letzten Jahren rasant

entwickelt. Eine moderne Verwaltung muss die Chancen dieser Kommunikationsmittel ergreifen.

- Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen bereits privat Social Media.
- Die IT-Beauftragten der FHH begrüßen die aktive Nutzung interner Kommunikationsplattformen und sozialer Medien zum fachlichen Austausch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untereinander und mit Externen.
- Die bestehenden dienstlichen Regularien und Empfehlungen (zum Beispiel: Geschäftsordnungen der Behörden sowie Leitfaden „Social Media in der Hamburgischen Verwaltung“) sind dabei zu beachten.

Dies ist als klares positives Signal für diejenigen Kolleginnen und Kollegen zu verstehen, die sich schon bisher für den Einsatz von Social Media in ihrem Fachgebiet engagiert haben, und als Ermunterung für diejenigen, die mit guten Ideen in den Startlöchern stehen, aber sich bisher nicht „aus der Deckung gewagt“ haben.

### **Ihr Knowhow und Ihre Erfahrung sind gefragt!**

Im FHHportal finden Sie unter „Mein Marktplatz“ andere Kolleginnen und Kollegen, die bereits Erfahrungen mit dem Einsatz von Social Media gemacht haben. Die Liste „lebt“: melden Sie sich bei uns, wenn Sie Informationen zum Einsatz von Social Me-

dia haben, wir würden gerne ein Netzwerk von Praktikerinnen und Praktikern aufbauen. Dies gilt ebenso, wenn Sie Ideen haben und sich einen Gedankenaustausch dazu wünschen.



Sprechen Sie uns gerne an, wir stehen für Sie als Ansprechpartnerin bzw. als Ansprechpartner in der Abteilung E-Government und IT-Steuerung der Finanzbehörde gern zur Verfügung:

Renate Mitterhuber (Telefon 428 23 - 1497)  
Hans-Christian Lange (Telefon 428 23 -2279)

Buchen Sie die passenden Fortbildungen über das ZAF-Lernportal:

Datum	Veranstaltungstitel	Veranstaltungs-ID	Ort
Termin auf Anfrage	Entwicklung einer Strategie für den Einsatz von Social Media - Workshop	005004-0001	auf Anfrage
03.02.2015	Twittern, bloggen & Co.- Grundlagen rund um Social Media	004961-0002	WBS TRAINING AG Wandalenweg 14 20097 Hamburg
17.04.2015	Wirkungsvolle Einführung von Social Media für dienstliche Interessen	004970-0001	ZAF Normannenweg 26 20537 Hamburg



**Autorin Renate Mitterhuber,**

Leiterin E-Government- und Strategie, Finanzbehörde: „In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Erfolg dabei, Neues zu wagen und aktiv den Weg der Modernisierung der Hamburger Verwaltung mitzugehen!“

# Restcentaktion: Kleiner Betrag nach dem Komma zeigt große Wirkung in León



**Viele Beschäftigte der hamburgischen Verwaltung spenden Monat für Monat die Beträge, die auf der Bezügeabrechnung nach dem Komma stehen, und unterstützen dadurch Entwicklungsprojekte in Hamburgs Partnerstadt León in Nicaragua. Für weniger als einen Euro im Monat werden vorrangig die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in den ärmsten Leoner Stadtteilen verbessert, ein Fluss wird saniert, aber auch Straßenkinder werden versorgt und betreut.**

## **25 Jahre Städtepartnerschaft Hamburg – León**

Vor 25 Jahren unterzeichneten Hamburgs damaliger Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau und Leóns Bürgermeister Dr. Luis Felipe Perez Caldera in Hamburg die Partnerschaftserklärung beider Städte. Seitdem sind León und die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) verbunden. Zwei Städte, die unterschiedlicher nicht sein können – vor allem in ihrem Lebensstandard. Die Städtepartnerschaft hatte von Beginn an das Ziel, durch praktische Hilfe die Lebensbedingungen der Leoner Einwohner zu verbessern und einen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit zu leisten. Viele von Hamburg finanzierte soziale und wirtschaftliche Entwicklungsprojekte konnten umgesetzt werden und die Lage verbessern.

Jetzt im Sommer wurde das Jubiläum feierlich begangen, zunächst im Juni in Hamburg mit dem Besuch

des Leoner Bürgermeisters und einer Ausstellung in der Rathausdiele, danach im Juli in León in Anwesenheit einer Hamburger Delegation, die Staatsrat Wolfgang Schmidt anführte.

## **Hamburg - Metropole am Wasser! Und León?**

León ist die zweitgrößte Stadt Nicaraguas, etwa 200.000 Menschen leben dort. Während Hamburg mit seiner Lage am Wasser als Metropole für sich wirbt und für Hamburger Bürgerinnen und Bürger sauberes Wasser aus dem Wasserhahn selbstverständlich ist, geht es in León darum, überhaupt eine Trinkwasserversorgung und ein Sanitärsystem zu haben, besonders in den Vierteln bedürftiger Menschen. Die Spenden fließen deshalb hauptsächlich in die Förderung von Hausanschlüssen. Seit 2003 werden auch Maßnahmen gefördert, durch die bedürftige Kinder dort ein tägliches Mittagessen und Betreuung

durch Erzieherinnen erhalten. Und in den letzten Jahren wurde der Río Chiquito, der die Stadt durchfließt, schrittweise saniert.

### **Freundeskreis León-Hamburg e.V.**

Der Freundeskreis León-Hamburg e.V. ist ein gemeinnütziger Verein. Er fördert die Beziehungen zwischen



der Region León in Nicaragua und der Freien und Hansestadt Hamburg auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Die Mehrzahl seiner Mitglieder arbeitet bei der FHH. Mit ihrem ehrenamtlichen Engagement sammeln sie Spenden. Sie sorgen dafür, dass diese zweckgemäß verwendet werden und ausschließlich den Menschen in der Partnerstadt León zugutekommen. Sie begleiten die Entwicklungsprojekte und stehen für deren ordnungsgemäße Abwicklung. Der Verein arbeitet eng und vertrauensvoll mit dem Referat Entwicklungspolitik der Senatskanzlei

der FHH zusammen. Schirmherren für die Restcentaktion sind seit 1993 die jeweils amtierenden Ersten Bürgermeister der FHH.

Tiefere Eindrücke vom Leben in León, von der Arbeit des Vereins und der Wirkung der Restcentaktion bietet das folgende Video.

Weitere Informationen über die Städtepartnerschaft, über den Verein, über die Restcentaktion und die geförderten Projekte erhalten Sie auf den Internetseiten der Senatskanzlei und des Freundeskreises León-Hamburg e.V. sowie im Personalportal zum Thema Bezüge.

### **Geben Sie uns den Rest!**

Das geht ganz einfach. Wenn Sie dieser Bitte des Freundeskreises León-Hamburg e.V. folgen und im Rahmen der Restcent-Aktion regelmäßig die Beträge hinter dem Komma der Netto-Bezüge für León spenden möchten, müssten Sie Ihre Personalabteilung mit einem ausgefüllten Antrag informieren.

Den Antrag finden Sie im Artikel zur Restcentaktion auf den Internetseiten des Freundeskreis León-Hamburg e.V.



Vielleicht möchten Sie gern mehr als nur Centbeträge für die Projekte in León zur Verfügung stellen. Auch Einzelspenden in beliebiger Höhe direkt an den Freundeskreis León-Hamburg e.V. sind möglich.

Die Überweisungsadresse für Einzelspenden lautet:

Freundeskreis León-Hamburg e.V.  
Deutsche Bank  
IBAN DE 76 20070024 0410290100  
BIC DEUTDEDBHAM

### **Autor Albert Weber,**

Leiter Öffentlichkeitsarbeit im Freundeskreis León-Hamburg e.V.: „Ich freue mich, dass Hamburgs Bevölkerung und vor allem Hamburgs Bedienstete für die Lage Nicaraguas sensibilisiert sind und Hilfe direkt vor Ort möglich machen.“

Herr Weber ist dem Land Nicaragua und seiner Bevölkerung seit langem verbunden und leistet in verschiedenen Funktionen Unterstützung:

- 1986 bis 1990 Schulleiter Deutsche Schule Managua
- 1990 bis 1991 Gastdozent an der Universidad Centroamericana in Managua.

- seit 1992 Vorsitzender des Fördervereins „Santa María del Apante“ e.V., der mit privaten Spenden aus Deutschland (überwiegend ländliche) Schulen in Nicaragua baut, renoviert und modernisiert (Website: [www.nicaragua-schulfoerderung.de](http://www.nicaragua-schulfoerderung.de)).
- 2008 bis 2010 Vertreter des Hamburger Senats in der Partnerstadt León. Mitglied verschiedener Vereinigungen mit Bezug zu Nicaragua bzw. León.



Besuch im Abwasserprojekt im Stadtbezirk William Fonseca in León

Albert Weber im Gespräch mit dem Ingenieur Bernardo González und seinem Team, das das Projekt „Trink- und Abwasserentsorgung“ seit vielen Jahren umsetzt.

# Impressum

## **Herausgeberin:**

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg - Personalamt, Bettina Lentz, Steckelhörn 12, 20457 Hamburg, Tel.: 040 428 31-1410,

## **Redaktion:**

Katharina Dahrendorf (Chefredakteurin), Sarah Dabrowski, Patrick Heitbrink, Britta Rolle

## **Interne Organisation:**

Susanne Walter

## **Kontakt:**

blickpunkt@personalamt.hamburg.de

## **Layout und Satz:**

Susanne Walter, Susanne Neugebauer

## **Bildnachweis:**

Titelseite großes Bild (© unpict - Fotolia.com), Titelseite kleine Bilder (Personalamt), S. 4 und 5 (© Nicole Serocka), S. 6 (© Markus Schaefer - take shape), S. 7 (© SSilver - Fotolia.com und © THesIMPLIFY - Fotolia.com), S. 9 (© artagent - Fotolia.com), S. 10 (© SSilver - Fotolia.com und © Finanzbehörde), S. 12 (© Rawpixel - Fotolia.com), S. 13 (© VERSUSstudio - Fotolia.com), S. 14 (© Albert Weber und © weseetheworld - Fotolia.com), S. 15 (© Albert Weber)

## **Download im Internet:**

[www.hamburg.de/personalamt/blickpunkt](http://www.hamburg.de/personalamt/blickpunkt)

## **Erschienen am:**

30. September 2014



Senat der Freien und Hansestadt Hamburg  
Personalamt  
Steckelhörn 12

20457 Hamburg



Hamburg | Personalamt